



Chance für den Notfalldienst: Die Präsidentin des Bündner Ärztevereins, Heidi Jörmann, die Ärztin Edith Oechslin und Regierungsrat Christian Rathgeb (von links) stellen die neue Doccall-App vor.

Bild Yanik Bürkli

Zwei Mal klicken statt lange suchen

Eine neue Doccall-App soll Patienten schnell und unkompliziert mit einem Notfallarzt verbinden. So will man Kosten sparen und Spitäler entlasten.

von Angela Gross

Es gibt schweizweit mehr als 100 Telefonnummern für ärztliche Callcenter und regionale Notfalldienste. «So ist es für die Patienten oftmals kompliziert, die richtige Nummer für einen bestimmten Standort zu finden», so die Ärztin Edith Oechslin. Die neue Doccall-App soll nun den Patienten helfen, sich im Dschungel der Notfallnummern zurechtzufinden und mit nur zwei Klicks mit einem diensthabenden Notfallarzt der jeweiligen Region verbunden zu werden.

Laut dem Bündner Ärzteverein, der die App gestern den Medien vorgestellt hat, ist die Doccall-App «die perfekte Lösung für die Bündner Tourismusregion». Die Doccall-App kann seit

einigen Tagen im Apple-Appstore oder im Google-Playstore kostenlos heruntergeladen werden.

Bis zu 3000 unechte Notfälle

Ab wann ein Vorfall ein medizinischer Notfall sei, definiere der Patient selber, sagte Rudolf Leuthold vom kantonalen Gesundheitsamt gestern.

«Die App ist ein riesiger Mehrwert zugunsten der Bevölkerung und der Feriengäste.»

Christian Rathgeb
Bündner Regierungsrat

«Das kann von einem Husten bis zum Herzinfarkt alles sein.» Da oft Unklarheiten darüber herrschten, welche Notfallnummer in so einem Fall die richtige sei, würden oft «unechte» Alarmierungen an die Sanitätsnotrufzentrale 144 gehen. «Das passiert jährlich schweizweit 2500 bis 3000 Mal», so Leuthold. Dies wolle die App verhindern, da sie Patienten mittels Standortermittlung direkt mit dem Notfallarzt der Region verbinde.

Spitäler entlasten und Kosten senken

Der Bündner Gesundheitsdirektor Christian Rathgeb hofft, durch die App Kosten im Gesundheitswesen einzusparen. Einerseits spare man durch die App einige tausend Anrufe bei 144 ein, bei denen es nur darum gehe, den nächstgelegenen Arzt ausfindig zu

machen. «Auf der anderen Seite ist es so, dass wir im Kanton viele Fälle haben, wo Patienten ein Spital für eine medizinische Behandlung aufsuchen, die auch ein Notfallarzt erledigen könnte», so Rathgeb. Solche Fälle würden die Infrastrukturen belasten, die sich eigentlich auf Fälle konzentrieren, wo ein Spitalaufenthalt nötig sei. Mit der Doccall-App könnten also Kosten eingespart und Spitäler entlastet werden.

Weiter ist Regierungsrat Rathgeb überzeugt, dass die App «ein riesiger Mehrwert zugunsten der Bevölkerung und auch zugunsten unserer Feriengäste ist».

Auch Touristen sollen profitieren

Den touristischen Aspekt der Dienstleistung betonte auch Olivier Willi, Mitentwickler der App und CEO der Visionary AG. «Es gibt bereits ein Konzept, wie wir die Feriengäste auf die Doccall-App aufmerksam machen wollen.» Dies beinhaltet zum Beispiel Flyer in Hotels, Werbungen auf Sesselliften und auch Hinweise in den im Kanton verkehrenden Postautos.

Weiter erwähnte Willi den Datenschutz bei der Anwendung der App als wichtigen Aspekt – «gerade in der heutigen Zeit». «Wenn der Patient über die Doccall-App einen Arzt anruft, wird er vorgängig gefragt, ob er dem Arzt seine in der App gespeicherten Daten übermitteln will.» Dies sei wichtig aus Datenschutzgründen. «Wenn man die Daten an den Arzt schickt, werden sie auf dem Server zwischengespeichert und nach 24 Stunden wieder gelöscht.»

Beitrag der Regierung bescheiden

Die Kosten für die Entwicklung der App haben laut Willi die Visionary AG zusammen mit dem Bündner Ärzteverein und den Partnern Ärztelefon AG, Medphone AG und die Medizinische Notfallzentrale getragen.

Auch die Regierung hat laut Rathgeb einen finanziellen Beitrag zur Entwicklung der App beigesteuert. Im Verhältnis zum Mehrwert, den die App bringe, sei der Betrag aber bescheiden, so Rathgeb. Die Anstrengungen seien in erster Linie vom Bündner Ärzteverein gekommen.

Die Faust aus dem Sack genommen

Sie fordern Transparenz, Dialog, Wertschätzung und Solidarität. Graubündens Zweitwohnungsbesitzer machen Nägel mit Köpfen und formieren sich.

von Pierina Hassler

Die 13 Interessensgemeinschaften und diversen Vereine der Zweitwohnungsbesitzer in Graubünden haben über 6000 Mitglieder. «Tendenz steigend», sagt Ignaz Derungs, Präsident der IG Zweitwohnungsbesitzer Brigels und Umgebung. Kürzlich haben sich die Vorstandsmitglieder der jeweiligen Gemeinschaften getroffen, um endlich am gleichen Strick zu ziehen. Oder wie es Derungs formuliert: «Viele von uns haben zu lange die Faust im Sack gemacht.»

Überhöhte Abgaben

Speziell bei den Themen Kurtaxen und Tourismusabgaben sind die Zweitwohnungsbesitzer unzufrieden. Diese Abgaben gebe es zwar schon seit den Anfängen des Tourismus, sagt Derungs. «Damals waren die Ferienorte aber mehrheitlich von der Landwirtschaft geprägt, die moderaten Kurtaxen halfen, einen Teil der Infra-

struktur mitzufinanzieren.» Mit der Veränderung im Tourismus würden heute jedoch viele Gemeinden überhöhte Tourismusabgaben als Allheilmittel zur Mittelbeschaffung sehen.

Ganz besonders frustrierend für die Gäste: Sie sind weder stimm- noch wahlberechtigt. Die Besteuerung der Zweitwohnungsbesitzer sei deshalb ein einfacher Weg, um zu Geld zu kommen, so ein Mann aus Zürich, der eine Wohnung in Graubünden besitzt. Oft wisse man nicht, wofür die Gelder seien. Oder man bekomme keine Ant-

«Viele von uns haben zu lange die Faust im Sack gemacht.»

Ignaz Derungs
IG Brigels und Umgebung

wort, wenn man nachfrage. «Es gibt Orte, da wird der Ortsbus mit diesen Geldern finanziert», sagt ein anderer Zweitwohnungsbesitzer. Dieses Geld sei zwar nicht schlecht investiert, aber der Bus würde zum grossen Teil von der Dorfbewölkerung genutzt.

Die Zweitwohnungsbesitzer würden sich zum Teil auch ausgenutzt fühlen. «So im Stile von, die können sich eine Ferienwohnung leisten, die haben doch genug Geld, die können auch etwas zahlen», so der Mann. Das stimme einfach nicht. «Nicht alle Eigentümer einer Ferienwohnung in Graubünden sind reich.»

Mehr Wertschätzung

Genug ist genug, dachten sich deshalb die Vorstandsmitglieder der 13 Interessensgemeinschaften und diversen Vereine der Zweitwohnungsbesitzer an ihrer Versammlung in Zürich. Und sie beschlossen, sich trotz Unbehagens bezüglich dieser Abgaben in ihrer Zweitheimat einzubringen. Dies

sei «sehr wichtig», sagt Derungs. «Wir gehen gemäss dem 4-Säulen-Prinzip: Transparenz, Dialog, Wertschätzung und Solidarität vor», erklärt er. Allerdings müsse dies zweigleisig passieren: «Das heisst, dass uns die Bevölkerung, die Behörden und die Politik dieselben Werte entgegenbringen muss.»

Bessere Integration

Genau dies scheint aber das grosse Problem zu sein. Das Wirtschaftsforum Graubünden wollte die Befindlichkeit der Zweitwohnungsbesitzer in Graubünden testen und lancierte eine Onlinebefragung (Ausgabe vom 14. Oktober). Laut dieser Befragung kann sich zwar rund ein Drittel der Besitzer eine stärkere Mitarbeit in ihrer Zweitheimat vorstellen. Allerdings nur, wenn sie durch die Einheimischen besser integriert werden. Und wenn sich die Gemeinden gegenüber Zweitwohnern transparenter geben würden.

100 junge Politikerinnen

Über 100 Mädchen aus dem ganzen Kanton nehmen am Donnerstag in Chur am 3. Bündner Mädchenparlament teil. Wie die Ständekanzlei mitteilt, werden auch rund 20 Schülerinnen aus Italienischbünden dabei sein. Die Veranstaltung wird im Rahmen des nationalen Zukunftstages durchgeführt. Die Organisation liegt in den Händen der Stabsstelle für Chancengleichheit von Frau und Mann.

Laut Mitteilung diskutieren die Teilnehmerinnen am Vormittag in Kommissionen jeweils ein Thema und erarbeiten mit Unterstützung von Grossrätinnen Anträge mit konkreten Forderungen. Die Themen sind Umwelt-/Klimaschutz, Gleichstellung von Frau und Mann, Mobbing, Arbeitsplätze und Flüchtlinge/Migration. Über die Anträge wird am Nachmittag im Grossratsaal debattiert und abgestimmt und schlussendlich sollen sie in Form von Petitionen dem Grossen Rat übergeben werden. (so)

Lehrplan 21 ist übersetzt

Auf Schuljahresbeginn 2018/19 wird in Graubünden der Lehrplan 21 eingeführt. Zusammen mit dem Datum der Einführung fasste die Bündner Regierung im März 2016 auch den Beschluss, den Lehrplan auf Romanisch und Italienisch zu übersetzen. Wie die Ständekanzlei mitteilt, liegen die Übersetzungen nun vor. Alle drei Bündner Lehrpläne sind ab sofort unter www.lehrplan.ch online abrufbar.

Gemäss Mitteilung wurde der Lehrplan 21 Graubünden vom Übersetzungsdienst der Ständekanzlei ins Romanische und Italienische übersetzt. Absprachen zwischen dem kantons-eigenen Übersetzungsdienst und der Pädagogischen Hochschule Graubünden hätten eine einheitliche Terminologie in allen drei Kantonsprachen ermöglicht. Neue Begriffe seien an die Terminologie-Datenbank der Bundesverwaltung weitergeleitet worden. Zudem ist laut Mitteilung die Begriffszusammenstellung auch auf der Website des Amts für Volksschule und Sport (www.av.sg.ch) einsehbar. (so)

Thurgauer Zivilschützer helfen aus

In den nächsten sechs Wochen werden in Bondo rund 270 Zivilschützer aus dem Kanton Thurgau im Einsatz stehen. Die Thurgauer lösen die Bündner Zivilschützer ab, die seit dem Felssturz vom 23. August im Bergell tätig waren. Laut dem Informationsdienst des Kantons Thurgau hat das Bündner Amt für Militär und Zivilschutz an den Kanton Thurgau ein Hilfsbegehren für die Einsatzzeit vom 10. November bis 15. Dezember gestellt. Das Thurgauer Departement für Justiz und Sicherheit unterstützt das Begehren und sendet neun Detachemente mit jeweils rund 30 Zivilschützern ins Bergell. Die rund 270 Personen werden laut Mitteilung folgende Arbeiten übernehmen: Sicherstellung der Führungsunterstützung und Logistik, Sicherstellung der Alarmierung auf dem Schadenplatz, Betreuung und Begleitung von betroffenen Einwohnern im Schadengebiet sowie Räumung der verschütteten Gebäude. Die Einsatzkosten in Höhe von 25 000 Franken übernimmt der Kanton Thurgau. (so)